



Foto: Fraktionservice

Putin führt Russland außenpolitisch in die Isolation, erzkonservative nationalisimenpolitisch in eine politische Diktatur. Beides verschlechtert die Situation queerer Menschen. Darum ist ein Dialog so wichtig, wir dürfen die in Russland Betroffenen nicht allein lassen.

Menschen seit zehn Jahren in Angst. Die gesellschaftliche Atmosphäre wird der einer Diktatur immer ähnlicher. Menschen, Lebensweisen, politische Ansichten, die dem Regime nicht genehm sind, werden de facto unmöglich gemacht oder in die Illegalität getrieben. Putin demonstriert scheinbare Stärke und Überlegenheit Russlands gegenüber dem Westen. Am Ende jedoch offenbart es nur eins: Diese Art Zurückhaltung einer ganzen Gesellschaft, auch nur über Zwang und Gewalt zu erreichen, ist wenig attraktiv.

Der von Putin behohlene Angriffskrieg gegen die Ukraine spitzt eine Entwicklung der russischen Politik zu, die sich schon zuvor in einer restriktiven, diskriminierenden Innenpolitik und einer unnehmenden Militarisierung der Außenpolitik zeigte. Alles, was nicht ins Raster rechtlich eingeschränkt. Dieser Bann traf auch die parteinahen deutschen Stiftungen. Veranstellungen wie der GSD sind seit Langem in Russland – wenn überhaupt – nur bei Gefahr für Leib und Leben möglich.

Mit Putin bin ich durch



Gregor Gysi, Sprecher für Außenpolitik der Fraktion DIE LINKE

Wofür wir queerpolitisch kämpfen:

- Transsexuellengesetz abschaffen, Selbstbestimmungsgesetz, Entschuldigung und Entschädigung für Trans* und Inter*
- queere Menschen im Grundgesetz Art. 3. Abs. 3 schützen
- Gleichstellung queerer Familien und Wahlverwandtschaften
- Asylrecht und Schutz für verfolgte Queers
- Gesundheitsversorgung und Blutspenden diskriminierungsfrei machen
- Aktionspläne für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt

Weitere Informationen: www.linksfraktion.de

Impressum: Fraktion DIE LINKE, im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030/22 75 11 70
Fax: 030/22 75 61 28; E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Jan Korte
Gestaltung: Fraktionservice; Redaktionsschluss: 30. Mai 2022
Zeichnung: Steff Heil
Redaktion: Bodo Niendel, Gisela Zimmer
Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.



Zwei Mütter, ein Recht

Bislang ist es so, dass zwei Frauen, die gemeinsam ein Kind bekommen, nur die Gebärende als Mutter in die Geburtsurkunde eingetragen wird. Die Partnerin kann lediglich die Adoption ihres eigenen Kindes beantragen. Erst danach wird sie als zweites Elternteil in die Geburtsurkunde eingetragen. Diese Praxis ist entwürdigend. Es dauert ein bis zwei Jahre, bis alle Behördenengänge, Begutachtungen und Anträge erledigt sind. Das ist absurd, zumal unverheiratete, heterosexuelle Menschen einfach beim Jugendamt das gemeinsame Sorgerecht für ein Kind zu bekommen.

Diese Gleichstellung muss auch Alltag für lesbische Elternpaare werden. Die Ampel-Koalition hat zwar das Problem erkannt, will die Co-Mutterschaft jedoch nur für diejenigen Kinder ermöglichen, die innerhalb einer Ehe geboren werden. Das ist keine wirkliche Gleichstellung. Ich finde es sinnvoll, allen Menschen, die Verantwortung für ein Kind übernehmen wollen, die Möglichkeit zu geben, über ein Wahlverwandtschaftsrecht mit bis zu vier Elternteilen wäre das möglich. Ich möchte, dass alle in ihrem Kinderwunsch unterstützt werden. Was kann uns Besseres passieren, als Menschen, die gern Verantwortung für Kinder übernehmen.



Heidi Reichinek, Sprecherin für Frauenpolitik der Fraktion DIE LINKE

Raus auf die Straße

Zwei zähe Jahre der Corona-Pandemie liegen hinter uns. Queere Clubs, Bars, Kneipen, queere Jugendzentren, Anlaufstellen und Beratungsangebote mussten häufig schließen, einige für immer. Queere Menschen traf die Krise damit auf besondere Weise, denn ihre Clubs und Bars sind zugleich Schutz- und Freiräume. Inzwischen scheint Vieles an Begegnung wieder möglich, dafür schockieren die Bilder aus der Ukraine. Putins Angriffskrieg bringt unendliches Leid. Menschen fliehen, auch viele queere. Doch Schwule und viele trans* Personen dürfen ihr Land offiziell nicht verlassen. Auf verschlungenen Pfaden tun es einige dennoch. Sie - wie alle Geflüchteten - brauchen unsere Hilfe! Unsere Solidarität brauchen auch jene, denen die russische Besatzung ihre mühsam erkämpften Rechte streitig macht wie in Cherson, wo die Pride Parade verboten wurde.

Auch Deutschland verändert sich. Steigende Preise für Lebensmittel und Energie belasten die Mehrheit der Bevölkerung. Reiche und Superreiche nicht, sie profitierten in und von der Pandemie. In gesellschaftlich unruhigen Zeiten steigt auch die Angst. Gewalt und Anfeindungen nehmen zu - auch gegen Queers. DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der alle sicher und frei leben können, ohne Diskriminierung und Angst. Ein Selbstbestimmungsgesetz und ein modernes Familienrecht sind überfällig. Die CSDs beziehungsweise Gay Prides bieten die fröhliche Chance, gemeinsam dafür zu streiten. Und ja, gerade wegen der komplizierten Zeit dürfen und sollten wir nach zwei Jahren des Nicht-Sehens auch wieder mit viel Lust und Energie feiern. Also, raus auf die Straße!



Kathrin Vogler, queerpolitische Sprecherin und Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE

Kein kirchliches Sonderarbeitsrecht

Im Januar dieses Jahres ging die Initiative »OutIn-Church« mit einem Manifest von queeren Menschen, die beruflich oder ehrenamtlich in der katholischen Kirche Deutschlands tätig sind, an die Öffentlichkeit. Insgesamt 125 Personen erklärten ihr gemeinsames Comingout als lesbisch, schwul, bisexuell, transgeschlechtlich, intergeschlechtlich oder nonbinär. Sie wollten auf die diskriminierenden Zustände in der kirchlichen Arbeitswelt aufmerksam machen. Das war ein mutiger Akt, ich habe großen Respekt vor dieser Aktion. Möglich wird die Diskriminierung queerer Menschen durch das eigene kirchliche Arbeits- bzw. Selbstbestimmungsrecht. In keinem anderen europäischen Land gibt es einen vergleichbaren arbeitsrechtlichen Sonderstatus der Kirchen.



Susanne Fersch, Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Fraktion DIE LINKE



Queer-Pride statt Kirchenstaats!

Clubs sind Kultur

Wie wichtig Clubs als soziale Räume sind, haben wir spätestens in der Corona-Pandemie gespürt. Sie sind wichtige Freiräume für die Queer-Szene. geschützte Freiräume für sexuelle Vielfalt, für das Sich-Ausprobieren und für persönliche Freiheitsmomente. Ich erlebe Clubs als deutlich freiere Orte im Vergleich zum gesellschaftlichen Mainstream. Clubs sind ein wichtiger Teil für und von Diversität. Schon 2019 habe ich, noch ohne zu ahnen, was die Pandemie kurz danach anrichten würde, einen Antrag im Bundestag gestellt: Das Clubsterben stoppen! Darin ging es um das Baurecht, um Lautstärkeregelungen, Gewerbemieten. Ein Meilenstein, der mich persönlich sehr freut, wurde erreicht: Das Parlament hat die Clubs als Kultur anerkannt.

Durch den lauten Aufstand der Kulturszene wurde die Wertigkeit von Clubs Vielen überhaupt erst bewusst. Über das Parlamentarische Forum Clubkultur konnte ich mithelfen, Clubs und Festivals mit speziellen Corona-Hilfen zu versorgen. Dadurch konnten viele Institutionen, Crews und Künstler*innen wenigstens ökonomisch überleben. Ich freue mich sehr auf einen queeren Festival-Sommer, auf die kreativen Orte, an denen Mensch sich ausleben kann.



Foto: isochphoto



Lesbische Altersarmut

Das »Dreijesstrm« meiner Politik lautet: Gute Arbeit, gutes Leben, gute Rente!

Zu Beginn meiner politischen Zeit gab es noch keine Renten- und Schwulenreferate oder später LGBTQI-Referate an den Universitäten. Nicht-Heterosexuelle mussten sich in der Gesellschaft verstecken, sie durften ihre: Liebsten: nicht heiraten, keine Kinder adoptieren. Gut, dass das vorbei ist! Gut auch, dass die Rente für Lesben inzwischen auch dort angekommen ist, wo sie hingehört: in die Rentenversicherung. Es gibt spezialisierte Beratungsstellen, unter anderem in Berlin, München, Düsseldorf und sogar in Brandenburg. Die Rente ist ein mathematisches Spiegelbild des Arbeitslebens. Wer mehr verdient und mehr Beiträge eingezahlt hat, erhält am Ende auch mehr. Vielen Lesben könnte eine doppelte Ungerechtigkeit widerfahren: Die erste durch die Diskriminierung schon am Arbeitsmarkt mit einem schlechten Job. Die zweite: die geringe Rente.

Ich kämpfe für eine einkommens- und vermögensprüfte Solidarische Mindestrente von aktuell 1.200 Euro netto, damit die frühere Diskriminierung die spätere Altersarmut von Lesben und anderen Diskriminierten nicht festschreibt. Her mit dem schönen Leben für Alle, auch im hohen Alter!



Matthias W. Birkwald, Sprecher für Alterssicherung der Fraktion DIE LINKE



PROTECT
WOMENS
RIGHTS

SOZIAL.
SOLIDARISCH.
SELBSTBESTIMMT.

FCK
PTM

EQUALITY

FIGHT
PATRIARCHY

LOVE
IS
LOVE

BLACKS
BRIVES
MATTER

MIETER
RUNTER
JÖHANE!
RANNE!

TSG
ABSCHAFFEN

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

